



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/166 - 23. Juli 1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Sensationen blieben aus	S. 1
Neue Kampfmethoden der italienischen KP	S. 3
SPD-Parteitag in der Sicht Pankows	S. 5
Mahnruf zur politischen Fairness von Max Brauer	S. 7

Anlage: Wortlaut der Entschließung des Parteivorstandes

---

## Der Parteitag der SPD

Von Carlo Schmid

Jene, die von dem Parteitag der SPD Sensationen erwartet hatten, werden enttäuscht sein: es kam weder zum Aufstand gegen den "Apparat", den manche sich schon so dramatisch ausgemalt hatten, noch zu der Umwälzung des Parteigefüges, von der so viel die Rede war, noch zu dem Herumwerfen des Steuers in der Aussenpolitik, das von so manchen angeraten worden war. Diese Dinge sind nicht ausgeblieben, weil es den Delegierten an Temperament und Vorstellungsvermögen gefehlt hätte; sie sind ausgeblieben, weil diese Delegierten keine Schwärmer waren, sondern Männer mit dem Wissen um die Verantwortung, die ihnen als den Trägern des Vertrauens von mehr als 600 000 Parteimitgliedern obliegt. Diese Verantwortung aber gebietet, Veränderungen erst dann vorzunehmen, wenn das Bessere schon gefunden ist. Sonst ist ein mögliches Besseres des vorhandenen Guten Feind.

Die Diskussion der grossen Referate, insbesondere des Referates von Erich Ollenhauer, war ausserordentlich lebendig und bewegt. Selten ist von den Delegierten einer grossen Partei vor breiter Öffentlichkeit so freimütig und so kontradiktorisch

debattiert worden, wie in diesen Tagen zu Berlin auf dem Parteitag der SPD! Keiner, der dieser Diskussion beigewohnt hat, wird mehr sagen können, dass diese Partei von einem Apparat gegängelt werde. Es hat insbesondere auf die ausländischen Gäste einen starken Eindruck gemacht, wie unerschrocken und unmittelbar sich die Delegierten Vorschlägen des Parteivorstandes gegenüberäusserten und wie vielfältig die Argumente waren, mit denen die einzelnen Redner ihre von den Anregungen des Parteivorstandes oft sehr abweichenden Vorstellungen begründeten.

Das Hauptthema war, wie erwartet, die Frage einer Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Maßnahmen zur Verteidigung der freien Welt. Eine ganze Reihe von Rednern sprach sich gegen eine solche Beteiligung aus, einige wenige aus Gründen eines ethischen Pazifismus, andere, weil im Zeitalter der Atombombe es sinnlos sei, Divisionen aufzustellen, die meisten weil sie befürchteten, dass die Aufstellung deutscher Soldaten in der Bundesrepublik die Spaltung Deutschlands endgültig machen könne. Diese Befürchtungen fanden ihren Niederschlag in einem Antrag, wonach die Bundesrepublik jeden militärischen Verteidigungsbeitrag verweigern solle. Dieser Antrag wurde mit voller Absicht vor dem eigentlichen Resolutionsentwurf des Parteivorstandes zur Abstimmung gebracht. Er wurde mit grosser Mehrheit verworfen! Mit einer noch grösseren Mehrheit wurde der Resolutionsentwurf des Parteivorstandes angenommen, wonach auch die Bundesrepublik unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen bereit sein müsse, militärische Leistungen auf sich zu nehmen - freilich nicht nach dem Modell des EVG-Vertrages, der nach Meinung aller Delegierter die Wiedervereinigung Deutschlands entscheidend gefährdet.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Abschnitt in der Resolution zu, in dem ein entscheidendes Bekenntnis zu einer aktiven Europapolitik abgelegt wird, einer Politik, die sich auf Realitäten und nicht auf Illusionen und Deklamationen aufbauen muss und deren Ziel die Gleichberechtigung aller Partner zu sein hat. Nicht minder bedeutsam ist die Forderung, die von den Völkern Südostasiens unternommene Initiative zur Erhaltung des Friedens zu einem Bestandteil auch der Politik des Westens zu machen.

So ist dieser Parteitag, gerade weil die erwarteten Sensationen ausgeblieben sind, ein bedeutendes Ereignis geworden. Reformen brauchen Zeit, wenn sie zukunftsfruchtig werden sollen. Die Delegierten haben hierfür klare Forderungen gestellt und nützliche Hinweise gegeben. Wichtige Maßnahmen, das Erforderliche in Angriff zu nehmen, sind eingeleitet. Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, es zu verwirklichen.

Man hat gerne und oft recht selbstgefällig davon gesprochen, dass die SPD wegen ihrer Ablehnung der Integrationspolitik des Bundeskanzlers sogar im Kreise der sozialistischen Parteien isoliert sei. Durch nichts konnte die Haltlosigkeit und Fahrlässigkeit dieser Behauptung deutlicher gemacht werden, als durch die Anwesenheit des Führers der britischen Arbeiterpartei, Clement Attlee, des schwedischen Ministerpräsidenten, Tage Erlander, des norwegischen Handelsministers Langhelle, von Delegierten aus Japan, Indien, Burma und einer ganzen Reihe von Delegierten europäischer Bruderparteien, von denen die meisten schon höchste Staatsämter bekleidet haben.

Der "Schachbrettstreik" - neue Kampftaktik der italienischen KP

PE - Rom

Der Landarbeiterstreik in der Provinz Ferrara, der nach mehr als einmonatiger Dauer kürzlich überraschend beigelegt wurde, gibt zu mancherlei grundsätzlichen Betrachtungen Anlaß; denn hier haben sich zum ersten Mal gewisse kommunistische Kampfmethoden praktisch bewährt, die ebenso neuartig wie beunruhigend sind.

Der italienische Gewerkschaftsbund, dem der weitaus überwiegende Teil der italienischen Arbeiterschaft angehört, steht seit seiner Gründung nach dem Sturz des faschistischen Regimes völlig unter kommunistischer Leitung und hat schon unzählige Male bewiesen, daß seine Ziele keineswegs gewerkschaftlicher, sondern ausschließlich politischer Art sind. So blieben auch diesmal die Lohnfragen, um die es bei dem Streik der Ferrareser Landarbeiterschaft angeblich ging, von durchaus sekundärer Bedeutung. Worauf es den Kommunisten in erster Linie ankam, war die Erprobung jener neuen Taktik, die man jetzt in Italien als "Schachbrettstreik" bezeichnet. Und man muß sagen, daß die Ergebnisse dieser Methode eher beunruhigend gewesen sind, wenn gleich der Streik in dem Augenblick abgebrochen wurde, als sich die Regierung entschloß, Militär einzusetzen.

Es handelte sich eben nur um eine "Probe", und die kommunistische Streikleitung zog es vor, den Konflikt mit der Staatsgewalt für diesmal noch nicht auf die Spitze zu treiben. So wurde die ganze Agitation von einem Tag auf den anderen abgeblasen, obwohl die wirtschaftlichen Vorteile, die die Gewerkschaftsleitung zuletzt für die Landarbeiter erzielt hat, in gar keinem Verhältnis zu den Opfern standen, die diese Arbeiter während des viele Wochen andauernden Streiks bringen mußten.

Worin besteht nun diese Taktik des "Schachbrettstreiks"? Nach einem im voraus ausgearbeiteten Plan werden bald hier, bald dort, einmal in einem Industriezweig, einmal in einem anderen, unter irgendwelchen Vorwänden lokale Ausstände proklamiert. Die Partei entsendet jeweils die ganze Masse ihrer nach Moskauer Rezepten fachmännisch geschulten Agitatoren in die betreffende Gegend und erzielt dadurch eine völlige lokale Kontrolle. So konnte es in der Provinz Ferrara

geschehen, daß der Agitprop-Terror es den vielen an sich Arbeitswilligen unmöglich machte, auch nur einen Handgriff zu tun, den die Gewerkschaftsleitung nicht erlaubt hätte. In den Ställen der ganzen Provinz wurde das Vieh tage- und wochenlang ohne Nahrung gelassen, keine Hand rührte sich, um auch nur die allernotwendigsten Säuberungsarbeiten vorzunehmen, und allenthalben wurden die Viehtränken planmäßig mit Benzin vergiftet.

Alle Beobachter waren sich darin einig, daß zahllose Ländarbeiter, wenn es nach ihnen gegangen wäre, dieser grausamen Behandlung der unschuldigen Kühe nicht so lange zugesehen hätten; aber die kommunistische Terrororganisation funktionierte so lückenlos, daß die Streikparole praktisch überall bis zuletzt genauestens befolgt wurde. Schließlich mußte die Regierung Truppen in das Streikgebiet entsenden, um das verhungerte und verdurstende Vieh zu retten und die Gefahr schwerster Epidemien zu bannen. Das aber war der Moment für die Kommunisten, den Streik über Nacht zu beenden, denn auf Zusammenstöße mit der Wehrmacht wollten sie es einstweilen nicht ankommen lassen.

Man muß für die nächste Zeit mit einer Fortsetzung dieser Schachbrett-Taktik der Agitationen rechnen, wobei jedesmal wieder alle Agitationskräfte auf den jeweils betroffenen Punkt konzentriert werden dürfen. Die Regierung sieht in diesen, bald hier, bald dort ausgerufenen Streiks nichts anderes als eine Art Generalprobe der kommunistischen Gewerkschaftsleitung für jenen großen Schlag, der in dem Augenblick der Ratifizierung des EVG-Vertrages geplant ist und der das ganze Land lahmlegen soll.

Der kommunistische Chef des Gewerkschaftsbundes Di Vittorio im Verein mit dem Parteiführer Togliatti hoffen durch diese "Schachbrettstreiks" während des Sommers sowohl das Funktionieren ihrer eigenen Organisation zu erproben und allfällige hierbei zutage tretende Mängel zu beheben, als auch jede Schwäche des Staatsapparats zu erspähen. So sieht sich die italienische Regierung vor der keineswegs leichten Aufgabe, auch ihrerseits alle Vorkehrungen zu treffen, um für den Augenblick gerüstet zu sein, in dem aus den "Schachbrettstreiks" jener große Generalstreik werden soll, durch den Togliatti in letzter Minute noch das Zustandekommen der EVG zu verhindern hofft.

Eingeständnis der Schwäche

sp - Berlin

Welche große Bedeutung der Berliner Parteitag der SPD für die Bevölkerung der Zone besitzt, zeigt sich in der Reaktion, die er vom ersten Tage an in der SED-Presse gefunden hat. Das Pankower Echo enthüllt sich dabei trotz des aggressiven Tones gegen die SPD-Parteiführung als reine Defensivmaßnahme, als ein Versuch, die hoffnungsvollen Erwartungen, die von der Bevölkerung der Sowjetzone an diesen Parteitag geknüpft werden, zu neutralisieren. Die ganze Art, wie sich die Referate und Diskussionen des höchsten SPD-Gremiums in den Propagandainstrumenten der SED, in Presse und Rundfunk, widerspiegeln, wird zum Eingeständnis der Schwäche des Pankower Regimes.

Das persönliche Schreiben Grotewohls an Erich Ollenhauer war das Präludium dieser verzweifelt abwehrenden Reaktion. Wie sehr der Grotewohl-Brief ein Teil des Täuschungsmanövers war, das den Blick der Zone auf Berlin vernebeln sollte, zeigt die Tatsache, daß die SED-Provinzpresse am selben Tage mit dem Grotewohl-Brief eine Stellungnahme des SED-Pressedienstes veröffentlichen mußte, die bereits alle Verleumdungen und Injurien gegen die SPD-Führung enthielt, mit denen dann angesichts des für die SED unerwünschten Verlaufs des Parteitages die Berichterstattung bestritten wurde. Der Führungsapparat der SPD wurde hier bereits als Handlanger der USA-Imperialisten und der "deutschen Monopolisten und Militaristen" hingestellt.

Da der SPD-Parteitag niemals in dem von der SED gewünschten Sinne verlaufen konnte, worüber man sich auch in Pankow klar war, mußte die SED-Presse in ihrer Reaktion auf die Referate und Diskussion zur Rechtfertigung der von der Zonenbevölkerung abgelehnten Pankower Politik den Eindruck suggerieren, als ob die Mehrheit der Parteitags-Delegierten, mindestens aber der SPD-Mitgliedschaft, für die politischen Thesen der sedistischen "Arbeiter- und Bauernmacht" eintrete. Grotewohl hatte bereits in seinem Brief das Stichwort zu dieser Reaktion gegeben, als er erklärte, er könne aus den über loc Anträgen an den SPD-Parteitag erkennen, daß "viele SPD-Genossen in der Einschätzung der Lage mit ihm übereinstimmen", also für die Aktionsgemeinschaft mit der KP/SED seien.

In den Berichten und Kommentaren der SED-Presse wird dann nach

dem einfachen Rezept verfahren, daß die "amerikanische Fraktion" und der ihrhörige SPD-Führungsapparat die Mehrheit terrorisiert. Aus dem echten Ringen um eine klare Entscheidung in der Frage der Außenpolitik und eines Verteidigungsbeitrags macht die östliche Reaktion ein Schlachtfeld, auf dem die USA-Hörigen durch List, Tücke und brutale Gewalt die Oberherrschaft gegen die Mehrheit behalten. Dabei muß aber selbstverständlich der Zonenbevölkerung immer vor Augen gehalten werden, daß der endgültige Sieg bei denen liegen wird, die gegen die "Kriegshetzer" und für die "Friedenspolitik" arbeiten. Die Ablehnung des Antrags auf Schluß der Debatte wurde zum Triumph der "Friedensfreunde". Ollenhauers Referat, das in der SED-Presse berichtmäßig sehr schlecht wegkommt, und als "inkonsequente Haltung in der Frage der Verständigung" schnell abgetan ist, wird in der Überschrift als "Zugeständnis an die US-Fraktion" gebrandmarkt.

Bei der Fankower Reaktion handelt es sich um ein einfaches Rechenexempel: Eine Stärkung des Widerstandsgeistes in der Zone muß verhindert werden. Deshalb muß der Parteitag im Spiegel der SED-Presse als ein Manöver erscheinen, durch das die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Arbeiterschaft von einer terroristischen Minderheit des Apparates unterdrückt wird. Wenn auch von der SED kein Verständnis für eine echte leidenschaftliche demokratische Diskussion erwartet werden kann, den Versuch, die eigenen Terrorpraktiken der SPD zuzuschreiben, wird ihr niemand in der Zone abnehmen.

So eindeutig das SED-Echo auf die Diffamierung der SPD abgestellt ist, so betont zurückhaltend ist die Berichterstattung der sowjetamtlichen "Täglichen Rundschau" über die Ollenhauer-Rede. Zweifellos liegt eine Absicht darin, wenn der Bericht mit der Überschrift versehen ist, "Verhandlungen haben Erfolg". Im Mittelpunkt steht die Erklärung Ollenhauers über die Lage nach der Berliner Konferenz und die Forderung der SPD, Deutschlands Position im Rahmen eines Sicherheitssystems zu bestimmen, das sowohl von den USA als auch von der UdSSR getragen wird und in der Deutschlands Stellung weder von der einen noch anderen Seite als Bedrohung empfunden wird. Sollte diese Unterdrückung jeder Polemik gegen die SPD-Haltung zum Verteidigungsbeitrag und die demonstrative Betonung der SPD-Forderungen nach neuen Verhandlungsversuchen ein Auftakt zu einer neuen Moskauer Konferenzinitiative sein?

Es gibt keine doppelte Moral

Von Bürgermeister a.D. Max Brauer

Man spricht heute viel von Integration. Was wäre das für eine herrliche Sache, das politische Leben der Bundesrepublik auch mit den Tugenden der großen Demokratien zu integrieren.

Die zunehmende Vergiftung des politischen Kampfes durch die Methoden der Verleumdung, der Entstellungen, der hinterhältigen Verdächtigungen, der Aufstachelung niedriger Instinkte und der Entfesselung einer unsauberen, verlogenen Hetze ist eine bedenkliche Erscheinung. Sie wird uns, auf längere Sicht gesehen, von den demokratischen Ländern, denen diese Art des politischen Kampfes völlig fremd ist, isolieren.

Was sich in den Wahlkämpfen der letzten zwölf Monate - bei der Bundestagswahl, bei der Hamburger Bürgerschaftswahl und jetzt wieder in Nordrhein-Westfalen - abspielte, sind Alarmzeichen. Es geht hier nicht um Parteiinteressen, obwohl es die SPD ist, gegen die sich jene Methoden in erster Linie richten. Es geht um das allgemeine politische Interesse aller unserer Bürger. Es geht um die Bewahrung eines anständigen Lebensstiles, Fairness im politischen Kampf, und um die Achtung vor der Überzeugung des Gegners.

Es kann nicht damit abgetan sein, daß man nach beendeter Wahl-schlacht scheinheilig "von den Sünden der Vergangenheit" mit einer leicht hingeworfenen Bemerkung Abstand nimmt oder gar glaubt, mit einer Amnestie nun alles ausgelöscht zu haben - nein, damit geht man dem Übel nicht wirksam zu Leibe: Wir müssen das öffentliche Gewissen aufrufen und alle gutwilligen Kräfte für die Sauberkeit des politischen Kampfes mobilisieren, wenn nicht die Grundlagen unserer Kultur und der persönlichen Freiheit zerstört werden sollen.

Wie verhängnisvoll ist es, so zu handeln, als ob Politik nur ein schmutziges Geschäft sei, bei dem man die Gesetze des Anstandes und der Moral nicht zu achten brauche.

Es gibt keine doppelte Moral. Alle Parteien klagen darüber, daß das politische Interesse, das Interesse am staatlichen Leben, in der Bevölkerung zu gering sei.

Man ruft die Jugend auf, ihre Kräfte unserer staatlichen Entwicklung zu leihen. Die Jugend kann man aber nur gewinnen, wenn sie überzeugt ist von der hohen sittlichen Aufgabe, die sich ihr im politischen Leben stellt und ihre Begeisterung und ihren Enthusiasmus entfacht.

Vorübergehende Vorteile mögen jenen Gruppen und Parteien winken, die in der Wahl ihrer Methoden skrupellos sind. Was sie aber opfern, ist die Entwicklung zu einer lebendigen Demokratie als einer Lebensform, in der allein die persönliche Freiheit, das Wohlergehen und die Zukunft unseres Volkes gesichert ist.

+ + +

#### Das Schaffen der sozialistischen Verlage

K.G. Zusammen mit der Ausstellung Freies Wort während des Berliner Parteitages der SPD, gaben die sozialistischen Verlage einen Querschnitt aus ihrem Schaffen. Die Spannweite der Titel und Autoren ist sehr umfangreich und macht deutlich, daß alle sozialistischen Verlagsanstalten, getreu ihrer alten Tradition, ihr Interesse jeder Art guter Literatur widmen. Man kann aus der Fülle nur Beispiele geben.

Die Autorenliste vom Verlag Kiepenheuer und Witsch weist Namen auf, wie Jaroslav Hasek ("Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk"), E.M. Remarque ("Der Funke Leben"), Vittorio G. Rossi ("Der knallrote Himmel") und Jules Monnerot ("Soziologie des Kommunismus").

Die J.H.W. Dietz-Nachfolger ist u.a. vertreten mit Dr. Gisbert Rittig ("Sozialismus heute"), den Marx-Büchern "Marx heute" und "Marx in Perspektive". - Bei den Publikationen des Fackelträger-Verlages ist besonders hinzuweisen auf die entzückenden Zille-Bücher, Dr. Richard Buschicks "Die Eroberung der Erde" und "Ein Herz schlägt für die Mütter" mit hundert Kollwitz-Handzeichnungen.

Die Auerdruck-GmbH. verlegte die Bürgel-Bücher "Anfang und Ende" und "Die Fackelträger", G.D.H. Cole ("Ein Jahrhundert englischer Genossenschaftsbewegung"), Dohrenbusch ("Brevier für freie Menschen") und Friedrich Stampfer ("Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik").

Der Verlag Gebr. Weiss, Berlin, zählt Gerhard Kropp ("Von Lactse zu Sartre"), Betty Smith ("Ein Baum wächst in Brooklyn"), Carel Capek ("Seltsames England") u.a. zu seinen Autoren. Besonders zu erwähnen sind aus dem Verlag "Politik und Wirtschaft" Joseph Buttinger "Am Beispiel Österreichs" und Maurice Zink "Asien und der Westen", der Bellwerk-Verlag mit Ludwig Bergsträssers Biographie über Karl Ulbrich, die Verlage Öffentliches Leben ("Leonhard Nelson"), Brüder Auer-Bonn ("Generale machen Politik" von Helmut Lindemann) und der Hamburger Kulturverlag mit der Schriftenreihe zu Kultur- und Zeitfragen.

Die arani-Verlags GmbH. zeigt in einem besonderen Stand ihre Neuerscheinungen, darunter das dreibändige Werk über Kurt Schumacher "Turmwächter der Demokratie", Paul Löbe "Der Weg war lang", Max Peters "Friedrich Ebert", Arno Scholz "Berlin im Würgegriff", Scholz/Oschilewski "Köpfe der Zeit".



23. Juli 1954

Sicherheit und Wiedervereinigung sind ein Ganzes.

Internationale Entspannung das Gebot der Stunde.

Gegen nur wenige Stimmen billigte der Parteitag der SPD in Berlin nach erregenden Debatten die Entschliessung des Parteivorstandes.

Der Parteitag billigt und bestätigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion im Kampf um die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zum Frieden durch Verständigung, zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zur internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft. Nur ein Deutschland des sozialen Ausgleichs und der auch im wirtschaftlichen Bereich gesicherten Demokratie vermag die ihm zukommende Aufgabe der Mitarbeit an der Sicherung des Friedens in Europa zu erfüllen. Weder ein bolschewistisches oder volksdemokratisches Regime noch die Herrschaft eines machthungrigen kapitalistischen Großbesitzes können ein solches Deutschland entstehen lassen. Nur der demokratische Sozialismus als formende Kraft der inneren Umgestaltung kann die Voraussetzungen für eine dem Frieden dienende Aussenpolitik schaffen.

Obwohl West und Ost ihre Bereitschaft zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten betonen, ist die Welt voller Gefahren. Die Machtverhältnisse müssen durch vertragliche Vereinbarungen der Weltmächte geordnet werden. Diese Vereinbarungen müssen durch ein alle Staaten allgemein und in regionaler Aufgliederung umspannendes System kollektiver Sicherheit und durch eine allgemeine und international kontrollierte Abrüstung gewährleistet werden. Die Aufrechterhaltung der heutigen Spannungen ist in erster Linie verschuldet durch das Verharren der Sowjetregierung in der Ablehnung einer wirksamen internationalen Kontrolle der Abrüstung; aber auch die Erstarrung der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika trägt dazu bei.

Machtpolitik, gestützt auf die Überlegenheit der Waffen, ist kein geeignetes Mittel, um die Voraussetzungen für einen friedlichen Ausgleich zwischen Ost und West zu schaffen. Die westliche Welt wird der Ausdehnung des kommunistischen Machtbereiches nur begegnen können, wenn sie neben der Bereitschaft zur militärischen Sicherung ihrer Freiheit in gemeinsamer Anstrengung aller Völker eine wirtschaftliche und soziale Offensive führt, die den in Not und nationaler Unfreiheit zurückgebliebenen Teilen der Welt eine Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand geben kann. Das Zeitalter des Kolonialismus ist endgültig vorbei.

23. Juli 1954

Die Sozialdemokratie begrüßt es, dass die freien Staaten Südostasiens aktiv geworden sind, um die Kriegsgefahr zu bannen. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, in Zusammenarbeit mit den Sozialisten in der ganzen Welt eine Politik zur Sicherung des Friedens zu entfalten, die der heutigen Machtpolitik die grosse Alternative des demokratischen Sozialismus gegenüberstellt.

Die Sozialdemokratie fordert energische Anstrengungen der westlichen Welt, mit dem derzeitigen Machtbereich der Sowjets zu Verhandlungen über die Errichtung regionaler Sicherheitssysteme im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen zu kommen. In einem allumfassenden System kollektiver Sicherheit soll auch das wiedervereinigte Deutschland seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Deshalb fordert die Sozialdemokratie beharrliches Eintreten der Bundesrepublik für weitere Verhandlungen der Grossmächte. Dabei müssen die europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands als zusammengehörige Aufgabe behandelt werden. Die feste Eingliederung der durch die Besatzungsmächte getrennten Teile Deutschlands in westliche und östliche Bündnissysteme würde die Fortsetzung des kalten Krieges unvermeidlich machen und die Bedrohung des Friedens vergrössern.

Die Aussenpolitik der Bundesregierung hat die Gefahr erhöht, dass das geteilte Deutschland im kalten Krieg der Grossmächte zum Faustpfand wird. Diese Politik befindet sich in der Krise. Zu ihrer Überwindung gibt es nur einen Weg: den entschlossenen Übergang zu einer Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze, der Abahnung normaler diplomatischer und Handelsbeziehungen zu allen Staaten in Ost und West und der Konzentration aller Kräfte in Innen- und Aussenpolitik auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Für den Fall, dass wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, unter folgenden Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Massnahmen teilzunehmen.

Ob dieser Fall vorliegt, stellt ein Parteitag fest.

Die Bedingungen sind:

- 1.) dass die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unablässig fortgesetzt werden;
- 2.) dass ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen angestrebt wird;
- 3.) dass Verträge, durch die sich die Bundesrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, durch die Bundesregierung kündbar sind, wenn sie zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands werden sollten, sie dürfen die künftige Regierung des wiedervereinigten Deutschland nicht binden;

23. Juli 1954

- 4.) dass die Gleichberechtigung aller Teilnehmer und die Gleichwertigkeit der ihrem Schutze dienenden Sicherheitsvorkehrungen gewährt sind;
- 5.) dass die demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gesichert ist.

Die Sozialdemokratie wiederholt ihre Feststellung, dass die EVG diesen Anforderungen nicht entspricht.

In jedem Fall eines deutschen militärischen Beitrages fordert die Sozialdemokratie eine demokratische Wehrverfassung.

Im Rahmen ihrer internationalen Politik erstrebt die Sozialdemokratie eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker. Ziel ihrer Europa-Politik ist die Hebung des Lebensstandards der europäischen Völker und damit die stetige Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Europa und die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes mit Freizügigkeit für Menschen, Waren und Nachrichten.

Die Sozialdemokratie richtet an alle Besatzungsmächte die Mahnung, dem deutschen Volk nicht länger den Friedensvertrag vorzuenthalten, auf den es Anspruch hat und der nur mit der freigewählten Regierung eines wiedervereinigten Deutschland als Verhandlungspartner zustandekommen kann.